



**KI BUNDESVERBAND**

# **FÜR EIN STARKES KI-DEUTSCHLAND**

**Impulspapier zur Bundestagswahl 2025**

# Einleitung

Die Technologie der Künstlichen Intelligenz (KI) hat in der vergangenen Legislaturperiode enorm an Bedeutung gewonnen, einen nahezu beispiellosen Aufschwung erlebt und Einzug in alle Bereiche unserer Gesellschaft und Wirtschaft gehalten. KI hat damit eindrucksvoll bewiesen, dass sie die nächste globale Innovationswelle ausgelöst hat und maßgeblich prägen wird.

Allerdings haben die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit der technologischen Entwicklung nicht Schritt gehalten:

- So **stagniert das deutsche Wirtschaftswachstum** seit geraumer Zeit ohne Aussicht auf Besserung. In globalen Wachstums-Rankings findet sich Deutschland auch im kommenden Jahr unter den Schlusslichtern wieder.<sup>1</sup>
- Der **Rückstand Deutschlands im Digitalbereich** nimmt weiter zu, im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Nutzung von KI in der etablierten Wirtschaft beispielsweise nur auf Platz 16. Ebenfalls nehmen **Defizite im Bereich der IT-Kompetenzen und Fachkräften** weiter erheblich zu.<sup>2</sup>
- Die wirtschaftliche Gesamtlage führt auch zu einer **deutlich rückläufigen Investitionsbereitschaft** in digitale Geschäftsmodelle und KI-Lösungen seitens Investoren und Industrie.<sup>3</sup>

Die Tatsache, dass bereits erste Schlüsselindustrien wie z.B. die Automobilindustrie akut bedroht sind, muss allen Akteuren eine Mahnung sein, dass Deutschland nicht noch einmal eine Transformations- und Innovationswelle verpassen darf. Denn während in Deutschland im KI- und Digitalbereich in den letzten Jahren nahezu Stagnation herrschte, haben Nachbarländer milliardenschwere Innovationspakete verabschiedet.<sup>4</sup> **Deutschland aber droht im KI- und Digitalbereich weltweit den Anschluss zu verlieren.**

Wenn es Deutschland nicht gelingt, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und den Einsatz von KI in der Wirtschaft deutlich und vor allem schnell zu verbessern, drohen dem ganzen Wirtschaftsstandort erhebliche Schwierigkeiten und Verluste in der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir diesen langfristig sichern, global wettbewerbs- und zukunftsfähig machen und unsere digitale Souveränität gewährleisten wollen, muss KI- und Digitalpolitik zu einem Schwerpunkt der nächsten Regierung werden. Digitalisierung und der Einsatz von KI müssen auf allen politischen Ebenen als Chance begriffen und aktiv vorangetrieben werden.

**Ein "Weiter so" kann sich die deutsche KI- und Digitalwirtschaft, aber auch der Wirtschaftsstandort insgesamt nicht leisten.**

---

<sup>1</sup> OECD (2024)

<sup>2</sup> European Commission (2024)

<sup>3</sup> KfW Research (2024)

<sup>4</sup> Siehe z.B. Italien (2024), Niederlande (2024), Frankreich (2024) oder das Vereinigte Königreich (2023).

# Zentralisierung und Koordinierung von KI- und Digitalpolitik

## **Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:**

Das Fehlen einer klaren und zentralen Koordination der KI- und Digitalpolitik auf Bundesebene hat in den vergangenen Jahren zu vielen Einzelmaßnahmen, ineffizienten Prozessen und unklaren Verantwortlichkeiten geführt. Die Digitalisierung der Verwaltung droht sich noch sehr lange hinzuziehen, dringend benötigte Anreize für die digitale Transformation in Unternehmen wurden zu wenig gesetzt und bei Schlüsseltechnologien wie KI droht Deutschland eine gefährliche Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern.

Ein Beispiel für die Folgen dieser fehlenden Koordination und Zentralisierung ist die KI-Strategie der Bundesregierung. Sie wurde 2018 verabschiedet, unter der aktuellen Bundesregierung nicht grundlegend aktualisiert und die technologische Realität ist der Strategie längst weit voraus.

**Der KI Bundesverband fordert daher, die KI- und Digitalpolitik künftig zentral anzusiedeln, um diese im Sinne der notwendigen Wirtschaftswende und der langfristigen Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit entscheidend voranzutreiben.**

## **Unser Lösungsvorschlag:**

Der KI Bundesverband unterstützt die viel diskutierte Forderung nach einem eigenständigen Digitalministerium. Wir teilen die Überzeugung, dass dadurch wertvolle Synergien geschaffen, eine Fragmentierung von Zuständigkeiten beseitigt und eine zentrale Steuerung etabliert werden können. Für den Erfolg eines solchen Digitalministeriums müssen jedoch verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein:

- Ein Digitalministerium muss mit einer **entscheidenden Koordinierungskompetenz** über alle Bundesministerien hinweg ausgestattet werden.
- Darüber hinaus bedarf es eines ausreichenden **Budgets**, aus dem auch ressortübergreifende Digitalprojekte finanziert werden können.
- Eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg ist zudem, dass ein Digitalministerium mit den gleichen **Durchgriffs- und Vorbehaltskompetenzen** ausgestattet wird, wie sie das Bundesfinanzministerium in Finanzfragen hat.

Entscheidend ist aber auch die zeitliche Komponente. **Die KI- und Digitalpolitik der nächsten Legislaturperiode darf sich nicht allein auf den Aufbau und die Etablierung eines neuen Bundesministeriums konzentrieren.**

Der KI Bundesverband schlägt daher als Übergangslösung bis zur vollen Funktionsfähigkeit eines eigenständigen Ministeriums vor, die Gestaltung und Steuerung der KI- und Digitalpolitik zentral aus einer **Stabsstelle im Bundeskanzleramt** heraus zu organisieren.

Diese Stabsstelle soll dabei von eine:r Staatsminister:in geführt werden. Im Gegensatz zu früheren und in den Grundzügen ähnlichen Versionen dieser Konstruktion soll die Stabsstelle mit einem Digitalbudget ausgestattet werden, das sich aus einzelnen Komponenten für die jeweiligen Fachressorts zusammensetzt. Ebenso ist die Stabsstelle mit klaren Koordinierungs- und Vorbehaltskompetenzen auszustatten.

**Dabei sollen folgende zentrale Aufgaben verfolgt werden:**

- Eine **grundlegende Überarbeitung der KI-Strategie** der Bundesregierung. Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung soll diese als kontinuierlich weiterzuentwickelnde Strategie konzipiert werden.
- Die **Gründung eines KI-Strategie-Boards**, welches mit Hilfe externer Fachexpert:innen die digitalpolitische Arbeit der Bundesregierung begleitet, unterstützt und überwacht. In diesem Board soll bewusst auf **externe Fachexpertise** gesetzt werden, weshalb für diesen Prozess ein signifikanter Anteil an externem Personal (z.B. aus der Privatwirtschaft) in der Stabsstelle eingesetzt werden soll.
- Die **Verwaltungsdigitalisierung soll aus dem Bundesministerium für Inneres herausgelöst und in die Zuständigkeit dieser Stabsstelle überführt** werden. Mit diesem Wechsel erhält das Thema die entsprechende Priorität und kann zentral und ressortübergreifend vorangetrieben werden.
- **Bildung eines Digitalbudgets** aus einzelnen Komponenten der jeweiligen Fachressorts. Dadurch können vorhandene Mittel effizienter und koordinierter eingesetzt und ressortübergreifende KI-Leuchtturmprojekte ermöglicht werden.
- Eine **Koordinierung der KI-Aktivitäten zwischen Bundesländern und Bundesregierung**.

Bis ein eigenständiges Digitalministerium voll funktionsfähig ist und erfolgreich arbeiten kann, kann eine Stabsstelle im Bundeskanzleramt also diese Aufgaben übernehmen und rasch eine **effiziente und koordinierte KI- und Digitalpolitik** sicherstellen.

# Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur

## Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:

Deutschland steht vor der entscheidenden Aufgabe, seine technologische Souveränität im Bereich der KI-Infrastruktur zu sichern. Besonders deutlich wird dies bei der Entwicklung leistungsfähiger KI-Grundlagenmodelle (Foundation Models), die enorme Rechenkapazitäten erfordern. Diese Modelle bilden die Basis für viele moderne KI-Anwendungen und sind damit von strategischer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Situation stellt sich aktuell wie folgt dar:

- Während US-Technologiekonzerne Milliardeninvestitionen in den Aufbau von KI-Rechenzentren tätigen, fehlt es in Deutschland an vergleichbarer kommerziell nutzbarer Infrastruktur.
- Deutschland verfügt zwar über exzellente Hochleistungsrechenzentren in Forschungseinrichtungen wie Jülich, Stuttgart und München. Diese sind jedoch primär für wissenschaftliche Zwecke konzipiert und stehen der Wirtschaft nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.
- Anfang 2025 wird mit "Jupiter" in Jülich der leistungsstärkste Supercomputer Europas in Betrieb genommen - ein wichtiger Meilenstein für den Forschungsstandort Deutschland. Allerdings können auch diese Kapazitäten von Unternehmen nur sehr begrenzt genutzt werden.
- Die bestehende öffentliche Förderung ist oft zu kleinteilig und führt zur Entstehung vieler kleinerer Rechenzentren statt der dringend benötigten großen, zentral koordinierten Infrastruktur.

Dies hat konkrete Auswirkungen: Deutsche KI-Unternehmen und Forschungseinrichtungen können wichtige Entwicklungen nicht oder nur verzögert umsetzen. Ein Beispiel ist das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt "OpenGPT-X", das aufgrund fehlender Rechenkapazitäten seine Ziele nicht vollständig erreichen konnte.

**Der KI Bundesverband fordert daher die zukünftige Bundesregierung auf, einen Schwerpunkt auf den Aufbau und die Stärkung einer souveränen und unabhängigen KI-Infrastruktur zu legen.**

## Unser Lösungsvorschlag:

Um Deutschlands Position im internationalen KI-Wettbewerb zu stärken, fordern wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der KI-Infrastruktur:

### 1. Sofortige Öffnung bestehender Kapazitäten:

- Erleichterter Zugang für Unternehmen zu öffentlich geförderten Rechenzentren
- Flexiblere Nutzungsmöglichkeiten für kommerzielle KI-Entwicklung

## **2. Strategische Infrastrukturinvestitionen:**

- Aufbau weniger, dafür leistungsstarker nationaler KI-Rechenzentren
- Fokus auf energieeffiziente und nachhaltige Technologien
- Enge Abstimmung mit Bundesländern und europäischen Partnern

## **3. Zentrale Koordination:**

- Einrichtung eines nationalen KI-Infrastruktur-Boards zur Steuerung aller Aktivitäten
- Harmonisierung der verschiedenen Förder- und Entwicklungsinitiativen
- Abstimmung mit europäischen Partnern, insbesondere im Rahmen der EuroHPC-Initiative

Diese Maßnahmen sind entscheidend, um die digitale Souveränität Deutschlands zu sichern und den deutschen KI-Unternehmen wie auch der etablierten Wirtschaft die notwendigen Werkzeuge für erfolgreiche KI-Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

# Einsatz von KI in der etablierten Wirtschaft

## Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:

Die Verbreitung von KI-Anwendungen in deutschen Unternehmen bleibt auch aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland auf einem unzureichenden Niveau: Seit 2021 steigt sie nur leicht und bewegt sich dabei im niedrigen zweistelligen Prozentbereich bei rund 12 Prozent.<sup>5</sup> Zum Vergleich: In Nordamerika liegt dieser Wert bei 61 Prozent, in China bei 48 Prozent und in Dänemark, dem europäischen Spitzenreiter, bei 24 Prozent.<sup>6</sup> Internationale Wettbewerber konnten sich im Bereich KI also signifikante Wettbewerbsvorteile erarbeiten.

Es gibt jedoch deutliche Unterschiede zwischen Branchen und Unternehmensgrößen. Großunternehmen sind häufig Vorreiter bei der Einführung von KI, während KMU und der Mittelstand zurückfallen.<sup>7</sup> Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein Fehlen an technischem Know-how, Fachkräften sowie zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Hinzu kommen Defizite in der Dateninfrastruktur und im Digitalisierungsgrad. Dabei wäre das wirtschaftliche Potenzial durch den Einsatz von KI gerade im Mittelstand enorm und die schleppende Umsetzung führt bereits heute zu gravierenden Wettbewerbsnachteilen.<sup>8</sup>

**Vor diesem Hintergrund fordern wir gezielte und schnelle Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes von KI insbesondere in KMU und damit zum Erhalt ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit.**

## Unser Lösungsvorschlag:

Wir fordern die **Einführung eines KI-Vouchers**, also eines Gutscheins, der KMU finanziell unterstützt, die in die Umsetzung von KI-Lösungen investieren wollen. Konkret können Unternehmen Zuschüsse für die Umsetzung von KI-Projekten mit in Deutschland ansässigen Anbietern (KI-Start-ups oder KMU) beantragen.

**Der Nutzen ist ein doppelter:** Zum einen senkt der Gutschein bei den beauftragenden KMU das wahrgenommene Investitionsrisiko von KI-Projekten, die häufig höhere Anfangsinvestitionen erfordern als klassische Softwareprojekte. Weiter werden somit gezielt deutsche KI-Anbieter unterstützt, ohne direkte Subventionierung. Dies stärkt die Marktposition der jungen und kleinen KI-Unternehmen, die als KI-Innovationsführer der Schlüssel für die einfache und breite wirtschaftliche Anwendung von KI "Made in Germany" sind.

Die zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahme wäre ein wichtiges Zeichen für eine **breitere und schnellere Verbreitung von KI-Anwendungen in der Wirtschaft** und Teil des dringend benötigten Hebels, um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands im digitalen Zeitalter zu sichern und Deutschland im globalen Innovationswettbewerb zu stärken.

---

<sup>5</sup> Bitkom (2024); ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (2024); Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024); ifo Institut (2024)

<sup>6</sup> European Commission (2024); Stanford Institute for Human-Centered Artificial Intelligence (2024)

<sup>7</sup> ifo Institut (2024)

<sup>8</sup> KfW Research (2024)

# Umsetzung einer pragmatischen KI- und Digitalregulierung

## **Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:**

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurden zahlreiche neue Regelungen im Bereich der KI- und Digitalpolitik verabschiedet. Die meisten dieser neuen Regelungen haben ihren Ursprung im EU-Recht, betreffen aber auch maßgeblich die deutsche Gesetzgebung. Ein Großteil dieser Regulierungswerke ist mittlerweile in Kraft getreten und befindet sich in der Umsetzungsphase, z.B. der AI Act. Dies hat zur Folge, dass (KI-)Unternehmen in Deutschland und Europa mit einer erhöhten Regulierungsdichte konfrontiert sind. Mit Blick auf die neue US-Regierung ist davon auszugehen, dass sich die Schere in der Regulierungsintensität weiter öffnen wird.

Doch nicht nur neue KI- und Digitalregulierungen wirken sich auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft deutscher KI-Unternehmen aus. Auch der in den letzten Jahren stark gestiegene “bureaucratic overhead” und die damit verbundenen Compliance-Pflichten stellen eine immer größere Hürde dar. Gerade bei mittelständischen Unternehmen der etablierten Wirtschaft sowie (KI-)Start-ups bindet dieser gestiegene Aufwand immer mehr wertvolle Ressourcen und hemmt die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland.<sup>9</sup>

**Wir fordern von der Bundesregierung eine pragmatische Digitalregulierung sowie den Abbau hinderlicher Bürokratie, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft deutscher (KI-) Unternehmen zu sichern.**

## **Unser Lösungsvorschlag:**

In den kommenden Jahren bedarf es einer **pragmatischen, schlanken und vor allem zügigen Umsetzung von KI- und Digitalregulierungen** wie dem AI Act. Dafür müssen auch die entsprechenden Aufsichtsbehörden mit einem angemessenen Budget und (externen) Fachexpertise ausgestattet werden. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich auch auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass in den kommenden Jahren die **Innovationsförderung in den Fokus** gerückt wird. Bevor neue KI- und Digitalregulierungen diskutiert werden können, muss zunächst der bestehende Rechtsrahmen entsprechend umgesetzt werden können.

Ebenso bedarf es eines **klaren Fahrplans zum Bürokratieabbau durch regelmäßig durchzuführende Bürokratieentlastungsverfahren**. Mit Blick auf die zukünftige Gesetzgebung fordert der KI Bundesverband eine stärkere Fokussierung auf den bürokratischen Mehraufwand für Unternehmen in den entsprechenden Folgenabschätzungen. So sollten alle zukünftigen Gesetze einer entsprechenden Prüfung unterzogen werden, um mittelfristig den bureaucratic overhead für deutsche (KI-)Unternehmen zu reduzieren.

---

<sup>9</sup> ifo Institut (2024)



# Stärkung der Rolle des Staates als Innovationstreiber

## Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:

Das selbstgesteckte Ziel der Bundesregierung, bis 2025 im europäischen Vergleich unter die Top 10 bei der Digitalisierung der Verwaltung zu kommen, wird Deutschland deutlich verfehlen, derzeit liegt Deutschland auf Platz 14. Es besteht also signifikanter Nachholbedarf. Weiter bleibt auch die öffentliche Verwaltung von demografischen Entwicklungen und dem Fachkräftemangel nicht verschont.<sup>10</sup> Der verstärkte Einsatz von KI ist hier ein wichtiger (Teil-)Lösungsansatz. Dazu muss jedoch die Implementierungsquote von KI erhöht werden.

Dem deutschen Staat kommt dabei eine wichtige Rolle als Ankerkunde und damit eine nicht zu unterschätzende Rolle als Innovationstreiber für die eigene KI- und Digitalbranche zu. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Staat seine Rolle und die damit verbundenen Chancen erkennt und entsprechende Maßnahmen ergreift. Derzeit ist aber ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Sowohl Bund als auch Länder fokussieren sich mit milliardenschweren Rahmenverträgen auf wenige außereuropäische Anbieter.<sup>11</sup> Damit begeben sie sich einerseits in eine Abhängigkeit und sorgen andererseits auch dafür, dass ein Großteil der Wertschöpfung nicht in Deutschland oder Europa stattfindet.

**Wir fordern daher den Staat als zentralen Akteur, seine Position als Ankerkunde und Innovationstreiber gezielt zu nutzen, um KI-Innovationen in Deutschland und der EU zu fördern und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.**

## Unser Lösungsvorschlag:

Wir fordern, dass das Vergabevolumen von öffentlichen Aufträgen im KI- und Digitalbereich in der kommenden Legislaturperiode erhöht wird. Eine zentrale Maßnahme ist dabei die Einführung einer **strategisch ausgerichteten Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand**. Durch gezielte Investitionen und die Vergabe öffentlicher Aufträge an europäische Unternehmen können Innovationspotenziale in der Region gefördert und technologische Abhängigkeiten reduziert werden. Hierfür gilt es die entsprechende gesetzliche Grundlage in der Vergabeverordnung (VgV) sowie im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu schaffen.

**Öffentliche Institutionen können zukünftig als Ankerkunden auftreten**, um sowohl den Aufbau eines starken europäischen Technologieökosystems zu unterstützen als auch heimische Anbieter im globalen Wettbewerb zu stärken.

---

<sup>10</sup> McKinsey & Company (2023)

<sup>11</sup> Deutscher Bundestag (2024); Deutscher Bundestag (2023)

Dabei fordern wir, dass die Bundesregierung einen hybriden Ansatz verfolgt: Kurzfristig können bestehende, marktführende Technologien, auch von ausländischen Anbietern, genutzt werden, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen. Parallel dazu sollten langfristige Aufträge europäische Anbieter stärken und ihnen ermöglichen, technologische Innovationen sowie Basisdienste zu entwickeln.

Diese Herangehensweise bietet nicht nur die Chance, die technologische Souveränität Europas zu sichern, sondern schafft auch die Grundlage für eine nachhaltige und resiliente digitale Infrastruktur.

# Schaffung attraktiver Finanzierungs- und Investitionsbedingungen

## Ausgangslage und aktuelle Herausforderungen:

Deutschland, aber auch die EU insgesamt, konnte in den letzten Jahren im Bereich der Finanzierungs- und Investitionsbedingungen für (KI-)Start-ups im globalen Vergleich teilweise aufholen. So hat sich die Zahl der Tech- und KI-Unicorns in den letzten zehn Jahren verdreifacht, die privaten Investitionen sind im globalen Vergleich ähnlich stark gestiegen und in Deutschland konnten sich mit Berlin und München internationale Tech-Hubs entwickeln.<sup>12</sup>

Dennoch: Trotz dieser verbesserten Position kann Deutschland und die EU insgesamt nicht mit den USA oder China mithalten. So sind beispielsweise die **privaten Investitionen in KI-Unternehmen** in Deutschland im Gegensatz etwa zu den USA zuletzt **zurückgegangen**, gleiches gilt für den VC-Markt.<sup>13</sup> Im Jahr 2024 haben KI- und Tech-Start-ups in den USA rund 47 Milliarden US-Dollar eingesammelt, in Deutschland waren es nur 1,2 Milliarden.<sup>14</sup> Auch der **Zugang zu späteren Finanzierungsrunden ist für deutsche KI-Unternehmen deutlich schwieriger**. Gleichzeitig wirken sich bekannte Phänomene wie die im Vergleich zu den USA um ein Vielfaches geringeren Investitionen in Wachstumskapital gemessen am BIP in Deutschland besonders investitionshemmend im Bereich KI aus.<sup>15</sup>

**Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands langfristig zu sichern, müssen wir in der Lage sein, hochinnovative und global wettbewerbsfähige KI-Unternehmen hervorzubringen. Wir fordern deshalb von der nächsten Bundesregierung, dass für diese Unternehmen, Start-ups und Investoren die richtigen Rahmenbedingungen für Kapital und Wachstum geschaffen werden.**

## Unser Lösungsvorschlag:

Initiativen wie der Wachstumsfonds oder die 2024 gestartete WIN-Initiative sind richtig, müssen aber entscheidend weiterentwickelt werden, z.B. durch eine deutliche Ausweitung und **Einbindung von institutionellem Kapital** in diese Investitionsinitiativen. Ein verstärktes Investitionsvolumen von institutionellem Kapital in Kapitalsammelstellen würde sowohl dem (KI-)Startup-Ökosystem aber auch den entsprechenden Anleger:innen zu Gute kommen. Aktuell machen amerikanische Pensionsfonds ca. 27 Prozent der Investoren und ca. 15 Prozent des Kapitals in deutschen VC-Fonds aus. Deutsche Pensions- und Rentenfonds machen hingegen nur knapp 1 Prozent der deutschen Investorenbasis im VC-Bereich aus.<sup>16</sup> Anleger:innen von institutionellem Kapital müssen also durch

---

<sup>12</sup> Atomico (2024)

<sup>13</sup> KfW Research (2024)

<sup>14</sup> Atomico (2024)

<sup>15</sup> Lakestar (2021)

<sup>16</sup> REDSTONE (2023)

die entsprechenden Rahmenbedingungen incentiviert werden, verstärkt in Kapitalsammelstellen zu investieren. Bestehende Programme und Initiativen wie etwa der Hightech Gründerfonds oder der Wachstumsfond demonstrieren bereits eindrucklich, dass solche Programme sehr erfolgreich sein können.

Gleichzeitig gilt es aber auch, Investitionen in deutsche KI-Startups insgesamt attraktiver zu machen. Dazu gehört die **Vereinfachung von Gründungsprozessen**, die **Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen für Kapitalsammelstellen** im Hinblick auf die **Besteuerung von virtuellen Gewinnen** oder nicht vorhandenem Kapital, aber auch das Setzen der richtigen politischen Impulse, damit private Investitionen in Deutschland stattfinden.

# Über den KI Bundesverband

Der Bundesverband der Unternehmen der Künstlichen Intelligenz e.V. vernetzt die innovativsten KI und Deep Tech Unternehmen mit der etablierten Wirtschaft und Politik und ist mit mehr als 470 KI-Unternehmen das größte KI-Netzwerk Deutschlands. Die Mitglieder des Bundesverbandes Künstliche Intelligenz setzen sich dafür ein, dass diese Technologie im Sinne europäischer und demokratischer Werte Anwendung findet und Europa digitale Souveränität erreicht. Dafür muss die Bundesrepublik Deutschland und die EU ein attraktiver KI-Standort für Unternehmerinnen und Unternehmer werden, in dem Risikobereitschaft gewürdigt wird und Innovationsgeist auf die besten Voraussetzungen trifft.

**Veröffentlichung:** Dezember 2024

**Bundesverband der Unternehmen der Künstlichen Intelligenz in Deutschland e.V.**

Im Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40  
DE-10117 Berlin  
[www.ki-verband.de](http://www.ki-verband.de)